

und danach wird dann unser Kollege Gert Weisskirchen mit Zeitzeugen aus dieser Zeit über die Problematik ins Gespräch kommen.

Zunächst also Herr Ammer.

Thomas Ammer: Ich muß einige organisatorische Vorbemerkungen machen, damit das, was ich sage, verständlicher wird.

Ad eins: Ich bin Mitarbeiter des Sekretariats dieser Enquete-Kommission und nicht Berichterstatter für die Gruppe 6. Das ist in der „Thüringer Landeszeitung“ von heute falsch wiedergegeben.

Ad zwei: Die Textfassung, die draußen verteilt wird, entspricht nicht genau dem, was ich hier vortrage. Da ist zum Teil mehr enthalten, zum Teil weniger. Es ist also keine wörtliche Wiedergabe.

Eine weitere Vorbemerkung: Es möge mir bitte nachgesehen werden, daß ich die sehr vielfältige Opposition, den sehr vielfältigen Widerstand in Jena nun nicht detailliert darstelle, so daß sich vielleicht nicht jeder, der von den hier in diesem Raum Anwesenden daran beteiligt war, darin wiederfindet. Vollständigkeit ist auf Grund der Masse des Materials gar nicht möglich. Ich habe festgestellt, daß man schon, wenn man über Opposition und Widerstand nur in einer solchen Stadt schreiben will, einen Wissenschaftler mehrere Jahre damit beschäftigen kann.

Schließlich noch eine letzte Vorbemerkung: Ich bitte es mir nachzusehen, wenn ich nicht ganz davon abstrahieren kann, daß ich einen Teil der Vorgänge, über die ich hier spreche, selbst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre miterlebt habe, mich also auch gelegentlich in die Rolle des Zeitzeugen hineinbegeben werde.

Die eigentlichen Ausführungen zur Sache möchte ich mit einer kurzen Kommentierung zu einer Vorlesung von Wolf Biermann einleiten, die er vor genau einem Monat hier an der Universität gehalten hat. Da liest man in dem Text, der in der „Zeit“ vom 3. März veröffentlicht worden ist, ein sehr freundliches Urteil über Jena, „daß es hier in Jena die einzige stabile Opposition in der DDR-Provinz“ gab. So angenehm sich dieses Urteil für Jenenser anhören mag – das Wort „einzige“ trifft natürlich nicht zu; das muß man auch in aller Offenheit sagen. Es gab andere Städte, in denen das ähnlich gelaufen ist – Leipzig, Dresden, Rostock –, und es gab Kleinstädte, in denen über kurze Zeiträume sehr viel geschehen ist und in denen große Widerstandsgruppen über einige Monate, manchmal auch einige Jahre existierten, die dann in sehr tragischer Weise in den fünfziger Jahren zugrunde gingen, zum Teil auch durch Todesurteil, wie wir es heute vormittag schon gehört haben.

Es gibt noch ein zweites, weniger freundliches Urteil in dieser Vorlesung Biermanns, dem ich hier widersprechen möchte, obwohl es nicht speziell auf Jena bezogen ist. Ich will das einmal zitieren, weil man dagegen etwas

sagen muß. Er sagte da: „Nein, es war wahrhaftig nicht eure Schuld, daß diese Tyrannei zusammenbrach. Wenn der Große Bruder im Osten nicht gekippt wäre, würdet ihr heute noch 'Heil Honecker' schreien. Ihr habt eure Unterdrücker nicht verjagt.“

Hier muß man sagen, Biermann hat wohl etwas verwechselt. Die DDR-Bürger haben natürlich den Großen Bruder nicht verjagt; den haben sie auch gar nicht verjagen können. Die Jenenser werden wissen, daß da oben auf dem Jägersberg eine ganze Panzerdivision lag, und wer wollte die denn wohl verjagen?

In dem Moment aber, als dieser Große Bruder sein Desinteresse an der DDR sehr deutlich erkennen ließ – das war etwa 1988/89 –, haben die Bürger der DDR ebendiese ohne ihren russischen oder sowjetischen Schutzschild existierende Tyrannei sehr wohl verjagt. Das sollte man auch nicht vergessen, und Biermann hat vielleicht allzusehr nur die Anpasser gesehen, die hier eine Rolle gespielt haben.

Jena war nun tatsächlich ein Zentrum stabiler Opposition zunächst in der SBZ und dann in der DDR, vor allem in den Jahren von 1947/48 bis gegen Ende der fünfziger Jahre und dann wieder vom Ende der sechziger Jahre bis zum Sturz des SED-Regimes. Man kann über die Gründe für diese besondere Rolle Jenas spekulieren: geistige Traditionen, die in das 19. Jahrhundert zurückreichen, das Nebeneinander von einer alten und für Jena ziemlich großen Universität und traditionsreichen Großbetrieben – Zeiss, Schott, Jenapharm – mit hochqualifizierten, selbstbewußten Belegschaften, und das in einer mittleren Stadt mit in den fünfziger und sechziger Jahren noch weit unter 100.000 Einwohnern, schließlich auch die Anziehungskraft des Oppositionszentrums Jena, das Ende der vierziger Jahre entstanden war und das immer wieder, eben weil es in der DDR bekannt war, Zuzügler anzog und sich auf diese Weise selbst regenerierte.

Ich werde im folgenden versuchen, ganz grob zu systematisieren, wie man die oppositionellen und widerständigen Aktivitäten in Jena einteilen könnte.

In der Anfangsphase – sie geht, wie wir heute schon gehört haben, erst einige Jahre nach Kriegsende los, nach meinem Eindruck etwa 1947/48 – ging es um die Verteidigung von Freiräumen und Freiheiten, die mit dem Ende des Naziregimes erst einmal überhaupt wieder zur Verfügung standen und natürlich sukzessive dann bald eingeschränkt wurden: Freiheit der Meinungsäußerung, Publikationsfreiheit, Freiheit von Forschung und Lehre, studentische Selbstverwaltung, Selbständigkeit der nichtkommunistischen Parteien.

In dieser Zeit über fünf Jahre von 1947/48 bis Anfang der fünfziger Jahre konnten für oppositionelle Aktivitäten legale Institutionen teilweise noch genutzt werden – die nichtkommunistischen Parteien, akademische Einrichtungen, Universität, Studentenrat usw. Verbote, Verhaftungen und andere Repressionsmaßnahmen haben dem dann Anfang der fünfziger Jahre ein Ende gemacht.

In der nächsten Phase, etwa ab 1951/52, kann man dann feststellen, daß die sogenannte Diktatur des Proletariats im wesentlichen voll etabliert war, daß Opposition von dieser Zeit an eigentlich nur noch konspirativ, als illegaler Widerstand oder aber in der Zeit von Juni/Juli 1953 eben als offene Rebellion möglich war. Angriffsziel von Opposition und Widerstand in dieser Zeit war sehr oft das SED-Regime insgesamt, wenn auch meist aufgeteilt in Etappenziele.

Durch die Fernwirkungen des Tauwetters im Gefolge des XX. Parteitages der KPdSU im Februar 1956 haben sich dann etwa für ein Jahr einige Lockerungen und Zurücknahmen von Repression und damit ein Nebeneinander von halblegaler und illegaler Opposition ergeben, von mehr oder weniger offener Kritik am Regime und freien Diskussionen auf der einen und von illegalen, streng konspirativen Aktivitäten auf der anderen Seite.

In der nächsten Phase nach dem Bau der Mauer sind in Jena wie in der gesamten DDR für längere Zeit Zeichen von Resignation nicht zu verkennen. Die Opposition wird für eine gewisse Zeit zu einer Sache des einzelnen, bis dann Ende der sechziger Jahre eine jahrzehntelange Phase von halblegaler und illegaler Opposition nebeneinander beginnt – mit lockeren Zusammenschlüssen und Gemeinschaften Oppositioneller, die versuchen, zunächst Freiräume für eine nicht vom Regime gelenkte kulturelle Betätigung, für offene Diskussionen zu schaffen, um dann allerdings – zum Teil als Antwort auf die Repression des Staates – zur Kritik an einzelnen Mißständen überzugehen.

Diese Gruppen – das kann man in Jena sehr gut studieren – sind manchmal fast legal tätig, über längere Zeit geduldet, sie arbeiten offen, arbeiten sogar in der Öffentlichkeit, in öffentlichen Einrichtungen, werden aber gleichzeitig von der Staatssicherheit überwacht, bekämpft, unterwandert und schließlich auch einmal befristet zerschlagen, wachsen aber dann nach einiger Zeit doch wieder nach. Die Ziele dieser letzten Phase lassen sich unter den Stichworten „Demokratisierung der DDR“ und „demokratischer Sozialismus“ zusammenfassen.

Wie wir schon gehört und ausführlich diskutiert haben, war eine vollständige Beseitigung der DDR in dieser Zeit in den Programmen nicht zu finden. Aber nach meinem Eindruck ist das als verdecktes Endziel durchaus bei vielen Oppositionellen in dieser Zeit mit präsent gewesen, aber eben aus taktischen Gründen nicht in den Vordergrund gestellt worden. Das ist eine kontroverse These. Ich habe darüber schon mit vielen diskutiert und dazu auch Widerspruch erfahren.

Im folgenden eine knappe Übersicht über einige wichtige oppositionelle Gruppen seit 1947/48 bzw. solche, die mir hier erwähnenswert erscheinen:

In der ersten Phase, 1947/48 bis zum Beginn der fünfziger Jahre, finden wir Versuche von Mitgliedern der SPD, der CDU und der LDP, innerhalb der SED

bzw. innerhalb der nichtkommunistischen Blockparteien eigenständige, zum Teil mit den West-Parteien mehr oder weniger eng verbundene Organisationen zu bilden.

So gab es hier in Jena Sozialdemokraten, die mit der Süd-Thüringer Gruppe um Hermann Kreutzer in Saalfeld zusammenhängen. Etwa sechs bis acht Mitglieder haben hier in Jena studiert; sie sind alle im Februar/März 1949 verhaftet und abgeurteilt worden. Einer davon, um nur einen Namen zu nennen, war Franklin Schultheiß, der dann bis vor zwei Jahren einer der Direktoren der Bundeszentrale für politische Bildung war.

Dann gab es etwas anderes mehr in der Umgebung von Jena, insbesondere in Camburg. Um 1950 entstand eine Art illegaler Kreisverband „CDU-West“ mit dem Namen „Alte Unionsfreunde“, der mit dem Ostbüro der CDU in West-Berlin in enger Verbindung stand. Diese Gruppe ist 1952 verhaftet und abgeurteilt worden. In die gleiche Richtung gehört die CDU-Hochschulgruppe, von der zehn Mitglieder im Herbst 1950 verhaftet wurden.

Eine von der Zahl her wohl noch größere Oppositionsgruppe war in der Zeit ab 1947/48 um die LDP-Hochschulgruppe, also die Liberale Hochschulgruppe mit zeitweilig über 600 Mitgliedern, konzentriert, die zusammen mit der CDU-Hochschulgruppe den Studentenrat der Universität bis etwa 1948 weitgehend beherrscht hat bzw. dort jedenfalls eine mitbestimmende Rolle spielen konnte und die SED ziemlich an den Rand gedrängt hat.

Diese Hochschulgruppen der nichtkommunistischen Parteien und natürlich auch die innerhalb der SED wirkenden illegalen Sozialdemokraten haben auch nach unserem heutigen Verständnis wie illegale Widerstandsgruppen gearbeitet, also verbotene Flugblätter verteilt, verbotene Literatur beschafft, Informationen über Spitzeltätigkeit, Repressionen usw. beschafft und dafür gesorgt, daß sie in der Westpresse veröffentlicht wurden, und dergleichen Aktivitäten mehr.

Ein Höhepunkt dieser Auseinandersetzungen in der damaligen Zeit, der vielen Jenensern noch im Gedächtnis ist, waren die Diskussionen um die Verdrängung des Philosophen Hans Leisegang, der dann 1949 nach West-Berlin gehen mußte, von der Universität, wogegen es am 26. Mai 1948 eine studentische Vollversammlung gab, in der mit 1.097 gegen 282 Stimmen eine Resolution verabschiedet wurde, die sich für Leisegang und gegen eine Pressekampagne, die gegen ihn von der SED gestartet worden war, aussprach.

Diese Phase einer noch relativ offenen Auseinandersetzung, die allerdings für viele schon tragisch endete, ging etwa 1952 mit den letzten Verhaftungen der maßgeblichen Leute der LDP-Hochschulgruppe zu Ende. Ein Teil der Mitglieder war schon 1948 verhaftet worden, wobei sich diese Hochschulgruppe natürlich nicht nur in Jena konzentrierte, sondern sich weiträumig über Thüringen erstreckte.

Zur nächsten Phase der fünfziger Jahre ist natürlich der 17. Juni 1953 zu erwähnen. Dazu gebe ich nur ein paar Stichworte: Die Streiks und Demonstrationen sind hier im wesentlichen von den Belegschaften der Jenaer Großbetriebe getragen worden. Universitätsangehörige haben sich auch daran beteiligt, aber eben nicht so sehr geschlossen wie Belegschaften von Institutionen und Kliniken, sondern eher als Einzelpersonen. Es sind natürlich Universitätsangehörige tätig geworden, um unter anderem das erstürmte Stasigefängnis und die Zustände, die dort herrschten, zu begutachten.

In Jena gab es insofern eine Besonderheit, als die Streiks noch einmal, drei Wochen nach Niederschlagung der Demonstrationen am 17. Juni, am 11. Juli bei Zeiss mit einem mehrstündigen Sitzstreik mit ziemlich großer Beteiligung und politischen Forderungen wieder aufgeflackert sind, insbesondere auch mit der Forderung nach Freilassung der verhafteten Streikführer. Diese Phase des Widerstands außerhalb der Universität ist bisher relativ wenig erforscht. Dr. Mitter hat darüber einiges zusammengetragen, auch ein hier tätiger Journalist, Frank Döbert, dem ich Hinweise hierzu verdanke. Es ist zu hoffen, daß die Lastigkeit zugunsten der Universität durch solche Forschungen in nächster Zeit etwas verlagert werden wird.

Ich komme zum Jahr 1956. Da ist ein sogenannter Bloch-Kreis aus einigen Studenten und Wissenschaftlern der Instituts für Philosophie, darunter mehreren SED-Mitgliedern, zu erwähnen, der nach etwa einem Jahr von der Staatssicherheit ausgehoben wurde. Dessen maßgeblicher Inspirator Günther Zehm ist im Sommer 1957 verhaftet und dann zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die anderen wurden zum Teil aus der SED ausgeschlossen und gemäßregelt.

Dann gab es ebenfalls an der Philosophischen Fakultät bei den Historikern einen sogenannten Eulen-Club. Das war im wesentlichen ein Diskussionsclub, der sich über ein Jahr halten konnte und dann auch auf dem Weg über den Parteiapparat zerschlagen wurde, weil seine Mitglieder eben Mitglieder der SED gewesen sind.

Weiterhin war hier in Jena teilweise eine Gruppe unter dem Namen „Eisenberger Kreis“ tätig, mit dem ich es selbst zu tun hatte. Das ist eine Gruppe gewesen, die sich 1953 in Eisenberg östlich von Jena an der dortigen Oberschule gebildet hat. In dem Moment, als dann die Abiturienten hier in Jena studierten, hat diese Gruppe sich auf die Uni Jena ausgedehnt.

Diese Gruppe bestand aus so etwas wie einem streng konspirativ tätigen und aus einem im Jahr 1956 mehr oder weniger halblegal tätigen Teil, wobei dieser halblegal tätige Teil Studenten waren, die an der Organisation der Protestversammlungen gegen das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium und gegen den obligatorischen Russischunterricht maßgeblich beteiligt waren, ebenso an der Abfassung der Kabarettsszenen für den Physikerball im November 1956.

Strenggenommen gehörten diese Studenten nicht zum „Eisenberger Kreis“, sind aber im Jahre 1958, als die ganze Sache hochging, von der Staatssicherheit mit in diese Gruppe eingebunden worden, um sie hinter Schloß und Riegel bringen zu können, einfach mit der Begründung, daß es in einigen Fällen eine personelle Identität gab.

Dieser „Eisenberger Kreis“ selbst hatte ein mündlich ausdiskutiertes, sehr grob strukturiertes Programm, das erst dadurch zu Papier kam, daß das die Staatssicherheit aus den Vernehmungen herausfilterte und dann zu Papier brachte. Eine solche Gruppe mußte nach dem Verständnis des MfS unbedingt auch ein schriftliches Programm haben, weil es sonst damals in dessen Augen keine richtige Verschwörergruppe war. Da waren solche selbstverständlichen Dinge enthalten wie Freilassung der politischen Häftlinge, Auflösung des MfS, Zulassung von Oppositionsparteien, Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt, Abzug der sowjetischen Truppen – Ziele, die zum Teil für die damalige Zeit auf Grund der Machtverhältnisse völlig illusorisch waren, aber nach bestimmten Parallelvorgängen in Polen und Ungarn auch nicht völlig unreal gewesen sind.

Interessant ist vielleicht noch die Methodik, wie man diese Gruppe mit einem ganz billigen, aber recht wirksamen Trick zerschlagen hat. Man hat einen „Geheimen Mitarbeiter“ – das würde dem späteren Begriff des IMB entsprechen – aus Berlin nach Jena geholt und ihn mit den Papieren und der Legende eines westdeutschen Journalisten und geheimen Mitarbeiters des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen ausgestattet, der hier Kontakte zu Oppositionsgruppen herstellen sollte. Das ist ihm nach etwa halbjähriger Tätigkeit auch gelungen, und die Gruppe wurde also dann ausgehoben und unter anderem auch wegen Spionagetätigkeit für das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen abgeurteilt. Diese Geschichte mit der Spionagetätigkeit für das gesamtdeutsche Ministerium kann man in den MfS-Akten bis in die achtziger Jahre nachlesen.

Ich möchte nun auf einige Fälle von oppositionellem Verhalten in der Zeit der Resignation der sechziger Jahre nur andeutungsweise hinweisen, aber gerade diese Haltung der Leute damals ist es wert, erwähnt zu werden. Ich nenne etwa den Fall des Lehrbeauftragten Harry Patzer am Institut für Strafrecht, der sich geweigert hatte, die Grundsätze und Schlußfolgerungen der Babelsberger Konferenz von 1958 in seine Lehrveranstaltungen einzubauen. Diese Konferenz ist eine von der SED organisierte Juristenkonferenz gewesen, die die Justiz völlig unter die uneingeschränkte SED-Herrschaft brachte. Dafür, daß er sich weigerte, seine Lehrveranstaltungen daran auszurichten, hat er zwei Jahre Zuchthaus erhalten.

Aus den Jahren 1960/62 gibt es Hinweise auf Streikversuche bei Zeiss und auf eine angebliche feindliche Gruppe im Werkwohnheim Jena-Zwätzen. 1966 haben einige Germanistikstudenten versucht, sich gegen die kulturpolitische

Linie des 11. ZK-Plenums vom Dezember 1965 zu wenden, was dann auch zu Verhaftungen und Exmatrikulationen führte, allerdings nicht zu Freiheitsstrafen.

Ich komme dann zu dem sehr vielfältigen Bild vom Ende der sechziger Jahre bis 1989, wobei ich mich hier wirklich nur auf Andeutungen beschränke, weil wir hierzu von den Zeitzeugen sehr viel mehr hören werden und mir einfach die Zeit fehlt, in dieses sehr komplizierte Geflecht tiefer einzusteigen.

Es gab Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre eine fachübergreifende studentische Diskussionsgruppe von 20 bis 30 Personen, die sogar ein Konzeptionspapier „Anspruch und Wirklichkeit des Sozialismus in der DDR“ erarbeitet hat. Diese Gruppe ist nach Exmatrikulationen von der Universität etwa 1973 untergegangen, aber die Überwachung dieser Personen hat sich dann noch bis in die achtziger Jahre hingezogen.

Sehr viel ist dann im Rahmen der offenen Arbeit der evangelischen Kirche und der Jungen Gemeinde Stadtmitte mit Studenten, zum Teil aber auch Jugendlichen aus den Großbetrieben geschehen. Da gab es zahlreiche Arbeitskreise, Informationskreise usw. zu Rechtsfragen, zur Wehrdienstverweigerung, zu Kulturproblemen usw. Die Verbreitung verbotener Literatur hat dabei eine große Rolle gespielt.

Aus dieser offenen Arbeit ist dann die „Friedensgemeinschaft Jena“ 1981/82 hervorgegangen, wobei der Tod von Matthias Domaschk, der den Jenensern hier sicher bekannt ist, in der Untersuchungshaft des MfS in Gera am 12. April 1981 mit eine inspirierende Rolle gespielt hat. Da begannen auch Demonstrationen und andere Öffentlichkeitsaktionen, Schweigeminuten, Plakataktionen und dergleichen mehr. Dies alles hat das MfS dann 1982/83 auf vielfältige Weise zwar nicht zerschlagen, aber eingedämmt – durch Verhaftungen, Abschiebungen, Unterwanderungen. Völlig untergegangen ist das alles nicht, sondern es ist meist in andere Gruppen übergegangen, die dann weiter existierten.

Eine jedenfalls zeitweise legal tätige Gruppe waren diejenigen, die Lesungen und Theateraufführungen im Kulturhaus Neu-Lobeda in den Jahren 1973 bis 1976 durchführen konnten. Lutz Rathenow hat da lesen können.

Eine große Rolle hat Jena bei den Protesten gegen die Ausbürgerung Biermanns Ende 1976 gespielt. Es sind hier mehrere hundert Unterschriften gesammelt worden. Die Staatssicherheit hat sehr intensiv reagiert. Es wird von etwa 50 Festnahmen und einer ganzen Reihe von Abschiebungen unter der Drohung von langjährigen Haftstrafen im Jahr 1977 berichtet, unter anderem von Jürgen Fuchs und Thomas Auerbach.

Es sind dann noch andere Ereignisse zu erwähnen, die die Ausreiseantragsteller betreffen. Es gab 1983 den sogenannten „Weißen Kreis“, der zeitweilig einige Dutzend Ausreiseantragsteller in Jena auf dem Marktplatz zusammenführte.

Um auf ihre Anträge aufmerksam zu machen, haben sie sich weiß gekleidet, im Kreis aufgestellt und sind da einige Minuten stehengeblieben, bis sie vertrieben wurden. Es hat ein Jahr später ähnliche Demonstrationen von Personen gegeben, die den sogenannten PM-12 bekommen haben – für Westdeutsche zur Erklärung: ein Sonderausweis, der mit Aufenthaltsbeschränkungen, Verbot von Auslandsreisen auch in visafreie Nachbarländer, also insbesondere in die Tschechoslowakei, verbunden war und erhebliche Diskriminierungen zur Folge hatte.

Es gab dann 1984 und danach halblegale oppositionelle Aktivitäten mit Lesungen von Wissenschaftlern und Literaten bei dem Psychologen Prof. Böttcher in Großlöbichau. Es gab den Versuch, für eine vom Staat und von der Partei unabhängige Entwicklungshilfe etwas in Gang zu bringen, etwa mit einer Spendensammlung unter dem Stichwort „Ambulancia“, der Sammlung für einen Krankenwagen für ein Land der Dritten Welt, ohne daß das über die offiziellen Soli-Sammlungen gehen mußte.

Es gab, was wenig bekannt ist, im November 1988 Proteste von etwa 60 Studenten aus der Sowjetunion gegen das „Sputnik“-Verbot, an denen sich auch einheimische Studenten beteiligt haben. Das ging dann allmählich in das Jahr 1989 über, in die Überwachung und Mitauszählung der sogenannten Kommunalwahlen vom Mai 1989, wobei das interessanterweise eine Parallele zu einer Aktion ist, die 40 Jahre vorher von der Liberalen Hochschulgruppe bei den Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß 1948 mit ähnlichen Ambitionen gestartet worden war – mit dem Ergebnis, daß über die gefälschten Ergebnisse damals dann in der West-Berliner und der westdeutschen Presse berichtet worden ist.

Aus der Endphase ist noch der sogenannte „Reformhauskreis“ zu erwähnen, ein Kreis von Studenten und Wissenschaftlern, in dem Diskussionen über die Umwandlung der DDR in einen demokratischen Staat stattfanden. Dazu gehören auch die Vorgänge, die sich um die Bildung neuer politischer Gruppen, des „Neuen Forum“, des „Demokratischen Aufbruch“ usw. abspielten. Ich gehe hier nicht in die Einzelheiten, weil uns das die Zeitzeugen sehr viel genauer sagen können.

An dieser Stelle noch einige Hinweise, was es auf diesem Gebiet zur Zeit an Forschungen gibt, und dies deshalb, weil der eine oder andere diejenigen, die da forschen, durch Beiträge unterstützen könnte:

Nichts mehr beitragen kann man zu einem Sammelband der Beiträge eines Kolloquiums vom Juni 1992 zur Vergangenheitsaufklärung der Universität. Dieser Sammelband wird voraussichtlich im April erscheinen.

Es gibt dann Forschungen über den Studentenrat der Universität bis Anfang der fünfziger Jahre, die noch im Gange sind. Der schon erwähnte Journalist Frank Döbert befaßt sich mit Opposition und Widerstand außerhalb der Universität, also insbesondere in den Industriebetrieben.

Hermann Marx, einer unserer Zeitzeugen, sammelt Material über die Liberalen Hochschulgruppen.

Es gibt unter dem Titel „Geschichte von Widerstand und Selbstbehauptung an den Universitäten der ehemaligen SBZ/DDR“ ein größeres Projekt, das mehrere Universitäten umfaßt, natürlich auch Jena. Es wird durch Dr. Klaus-Dieter Müller, Historisches Seminar der Universität in Hannover, koordiniert.

Schließlich wird zur Zeit eine Monographie über den „Eisenberger Kreis“ durch Patrik von zur Mühlen in der Friedrich-Ebert-Stiftung erarbeitet. Diese wird etwa 1995 fertig werden.

Noch ein paar Schlußbemerkungen allgemeiner Art zu dem Thema „Motivationen, Möglichkeiten und Grenzen widerständigen und oppositionellen Verhaltens“: Neben den Motivationen des Alltags, Freiräume zu erhalten oder zurückzugewinnen, Belastungen abzubauen, spielten vor allem im ersten Jahrzehnt der DDR-Geschichte folgende drei Motivgruppen – es mag noch andere geben – eine wichtige Rolle:

Erstens das, was schon heute vormittag von Herrn Finn und anderen erwähnt worden ist – die Rückbesinnung auf die Nazizeit und der moralische Druck, den man spürte, so etwas nicht noch einmal widerstandslos passieren zu lassen, sondern hier nun wirklich das zu tun, was irgend möglich war, damit eine Wiederholung aufgehalten werden kann.

Zweitens spielt als Motiv der Zwang zur Lüge eine wichtige Rolle, der vielleicht in den fünfziger Jahren als noch drückender empfunden worden ist, ganz einfach, weil es primitiver und brutaler als in den achtziger Jahren zugeht. Man mußte, wie jeder weiß, der damals hier studiert hat, in den Klausuren, Hausarbeiten und sonstigen Prüfungen des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums haarsträubende Dinge von sich geben; man mußte in Versammlungen Resolutionen zustimmen, hinter denen man absolut nicht stehen wollte. Man mußte schockierende Nachrichten über die DDR-Presse, aber natürlich auch über die westlichen Medien erfahren – über Todesurteile, Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes mit allen schrecklichen Folgen usw.

Das hat die massive Ablehnung des Regimes sehr verstärkt, und man kann durchaus von Elementen von Haß, der damals produziert wurde, sprechen. Das ist auch der Grund dafür, warum es bei der einen oder anderen Gruppe der damaligen Zeit in der Diskussion nicht immer so ganz auf die Gewaltfreiheit, wie sie in den siebziger und achtziger Jahren dann beherrschend war, hinausgelaufen ist, sondern daß durchaus darüber diskutiert wurde, wie man sich etwa wie beim Aufstand in Ungarn notfalls unter Zuhilfenahme von Gewalt gegen das Regime zur Wehr setzen könnte.

Ein weiteres Motiv war eigentlich eher ein praktisches, nämlich sich auf

Krisen des Regimes, wie man sie unvorbereitet im Jahr 1953 und im Jahr 1956 erlebt hat, organisatorisch vorzubereiten. Das steht hinter den Versuchen, solche Widerstandsgruppen über Jena hinaus in andere Regionen auszubreiten, Stützpunkte, Voraussetzungen zu schaffen, damit auch an anderen Orten oppositionelle Aktivitäten entstehen konnten. Die weniger brutale Repression des Regimes dann in seiner Endphase und die Tatsache, daß man viele oder eigentlich sogar die meisten Details über die perfide Strategie und Taktik der Staatssicherheit eben nicht kannte, haben in der Endphase das Moment des Hasses glücklicherweise sehr stark abgemildert. Es wurde mehr in den Vordergrund gerückt, sich auf die Umbruchsituation vorzubereiten.

Zu den Möglichkeiten und Grenzen: Jeder weiß heute und wußte damals auch schon, daß die vorhandenen Oppositionsgruppen sehr klein waren, schwach, schlecht organisiert, laienhaft, materiell schlecht ausgerüstet. Die quantitative Überlegenheit des SED-Apparates und des Staatssicherheitsapparates erschien nun wirklich erdrückend und war es auch, und dennoch sind die Wirkungen von Opposition und Widerstand in Jena über die gesamte Zeit in den seinerzeit möglichen Dimensionen beträchtlich und eigentlich stärker, als man damals ahnen konnte. Daß sie stärker waren, kann man heute beim Studium der Stasiakten durchaus deutlich erkennen.

Eine dieser Wirkungen war, daß eben doch großen Teilen der Bevölkerung, auch denjenigen, die passiv blieben, bewußt war, daß Opposition und Widerstand latent existierten, daß es Gruppen gab, die die Staatssicherheit nicht ausheben konnte, bzw. daß immer wieder neue Gruppen entstanden, wenn die Staatssicherheit mit einer fertig geworden war. In bestimmten Krisensituationen hat diese Kenntnis von der Existenz oppositioneller Gruppen auch bewirkt, daß sich dann eine große Zahl von Bürgern an einzelnen Aktionen beteiligt hat – sei das nun am 17. Juni, sei es an der großen Versammlung zum Fall Leisegang, sei es an den Zusammenkünften in der Universität im Jahre 1956. Daraus ist natürlich doch das Bewußtsein einer gewissen Stärke erwachsen, die das Regime sehr verunsichert hat.

Eine Wirkung war übrigens auch, daß Opposition und Widerstand unter Studenten oder unter weniger hochgestellten Personen an der Universität natürlich Rückwirkungen auf die Hochschullehrer hatten. Es haben sich insbesondere in den naturwissenschaftlichen Bereichen und bis Mitte der fünfziger Jahre auch bei den Geisteswissenschaftlern eine ganze Menge Hochschullehrer durch stille Beteiligung an oppositionellen Aktivitäten verdient gemacht.

Prof. Josef Hämel, Rektor bis zu seiner Flucht nach West-Berlin im August 1958, hat sehr viel getan, um Oppositionelle vor der Verhaftung zu bewahren bzw. Repressionsmaßnahmen zu behindern. Er hat auch Leute, die verfolgt waren, in seiner Hautklinik verborgen, hat durch Ausübung seines Hausrechts dafür gesorgt, daß Plakate, die die Staatssicherheit gern als Beweismittel beschlagnahmt hätte, eben nicht beschlagnahmt wurden.

Ich komme zu einem weiteren Punkt der Wirkung. Das Regime ist in einem erstaunlichen Umfang von diesen kleinen Gruppen verunsichert worden. Man kann, wenn man jetzt die Akten liest, manchmal sogar den Eindruck haben, daß sich eine regelrechte Angst ausgebreitet hat – sicherlich nicht ohne Grund, wenn man sich den 17. Juni oder Ungarn oder dann das sanft-schreckliche Ende vom Jahre 1989 vergegenwärtigt. Dafür nur ein paar Beispiele:

Der Physikerball vom November 1956 war ja an und für sich – insbesondere, wenn Außenstehende das beurteilen – nicht so furchtbar aufregend, und trotzdem hat das Geschehen dazu geführt, daß auf einer Sitzung des Sekretariats des Zentralkomitees am 13. Dezember 1956 unter Punkt 1 der Tagesordnung fünf Beschlüsse dazu gefaßt wurden. (Heiterkeit) Wenn man sich das vergegenwärtigt, greift man sich an den Kopf, und wenn wir es damals gewußt hätten, hätten wir uns sehr wohlgefühlt. Solche Beschlüsse beinhalteten unter anderem die Exmatrikulation der maßgeblichen Beteiligten an diesem Kabarettprogramm. Es ist festzustellen, daß durch den Widerstand von wesentlichen Teilen der Universität, insbesondere der Hochschullehrer, aber auch natürlich auf Grund der unruhigen Lage an der Universität überhaupt, diese Exmatrikulationen nicht stattfanden und verschoben werden mußten, bis die Verhaftungswelle 1958 dann tabula rasa gemacht hat.

Charakteristisch für solche Ängste und Verunsicherungen ist etwa eine Äußerung des 1. Sekretärs der Universitätsparteileitung, der in einer Sitzung der FDJ-Hochschulgruppenleitung, die ich miterlebt habe, Ende 1956 oder Anfang 1957 sagte, von 6.000 Studenten stünden allenfalls 150 hinter der DDR. Das war eine geschlossene Sitzung, und er hat also nicht damit gerechnet, daß das einmal an die Öffentlichkeit kommen würde.

Zur Verunsicherung der Staatssicherheit und natürlich auch der Partei hat sicher auch die Reaktion der Teilnehmer von großen Versammlungen, etwa beim Physikerball 1956 oder bei den Protestversammlungen im Herbst 1956 gegen das Gewi-Grundstudium und gegen Russisch beigetragen. Diese Reaktion war, wenn man es heute betrachtet, durchaus gelegentlich über das Kabarettistische hinausgegangen.

Ich will dazu eine Kabarettsszene des Physikerballs 1956 erwähnen, ohne die gesamte Szene jetzt hier darzustellen. Eine dieser da gespielten Szenen war die sogenannte Mephisto-Szene. Faust und Mephisto sitzen einander gegenüber, Mephisto in seiner bekannten schlauen, zynischen Art, und Faust ist ein armer Gewi-Dozent, der vor sich hingrübelt, wie er denn nun die störrischen Zuhörer von den Wahrheiten des Marxismus-Leninismus überzeugen kann. Da wird er von Mephisto belehrt, wie er das anstellen könnte. Der geht dann darauf ein, daß viele der damaligen Zuhörer in politischer Passivität verharren, sich ihren Hobbies widmen und eigentlich keine besondere Gefahr darstellen, aber es könnte ja mal anders kommen. Die letzten vier Zeilen heißen: „Würde einmal

von all denen empfohlen, daß dich jetzt soll der Teufel holen – bei aller Freundschaft mußt du sehen, dann könnt' ich nicht mehr widerstehen.“

Das ist damals in einer Tonart gesagt worden, die nicht nur kabarettistisch klang, sondern die durchaus vielleicht einigen Leuten etwas unangenehme Gefühle bereitet hat (Heiterkeit), wogegen ja nichts weiter zu sagen ist.

Jetzt gegen Ende noch ein Wort zu den Grenzen: Der Sturz des Regimes ist natürlich auch hier in Jena durch solche Aktivitäten nicht möglich gewesen. Mehr als Verunsicherung war nicht zu erreichen, solange der sowjetische Stützweiler da war, aber hier in Jena genauso wie an anderen Orten in der DDR konnte eine allmähliche Zermürbung der breiten Basis des Regimes, also des Funktionärsapparates, der Leute, die die SED-Diktatur mehr oder weniger mitgetragen haben, erreicht werden, weil sie immer mehr verunsichert wurden – bis zu einem solchen Zustand, daß sie dann, als der sowjetische Stützweiler verschwand, zusammensacken konnte.

Eine letzte Bemerkung zu dem, was die Oppositionsgruppen der frühen Zeit bis in die fünfziger Jahre betrifft, über die noch sehr wenig Details bekannt sind, weil ganz einfach die Aktenführung der Stasi aus jener Zeit oft dürftig ist. Zum Teil sind es russische Akten, die gar nicht zugänglich sind, zum Teil ist das Interesse auch erst in letzter Zeit allmählich erwacht, die frühe Zeit Ende der vierziger Jahre intensiver zu erforschen. Aber auch diese frühen Gruppen haben natürlich dazu beigetragen, daß dem Vorwurf begegnet werden kann, die Deutschen hätten eine sich entwickelnde Diktatur wiederum widerspruchslos hingenommen.

Die Oppositionellen der frühen Jahre könnten natürlich heute zu dem deprimierenden Ergebnis kommen: Hätten wir es doch abgewartet, wären wir doch ruhig sitzen geblieben und hätten gewartet, bis die Implosion von 1989 dann den Kommunismus in Europa überwunden hat. Im Zusammenhang mit den verdeckten Wirkungen, von denen ich schon gesprochen habe, also der Verunsicherung des Regimes und der Bindung von MfS-Kapazitäten in der DDR, was ja auch dem Westen zugute gekommen ist, kann man an dieser Stelle einmal ein Wort von Lajos Kossuth aus dem Jahre 1849 zitieren, das manche schon kennen, weil ich es vor vergleichbarem Publikum manchmal zitiert habe.

Er hat, nachdem russische und österreichische Truppen gemeinsam die ungarische Revolution von 1848 niedergeworfen hatten, sich folgendermaßen geäußert: „Wir haben nicht gesiegt, aber gekämpft. Wir haben unser Land nicht gerettet, aber verteidigt. Wir haben die Tyrannei nicht gebrochen, aber ihren Lauf aufgehalten, und wenn einst unsere Geschichte geschrieben wird, werden wir sagen können, daß wir widerstanden haben.“ (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Ich hoffe, Sie gestatten mir, daß ich gleich von den recht gut beschriebenen fünfziger Jahren einen Sprung mitten hinein in die siebziger Jahre mache.